

# bresche info-bulletin

Nr. 8  
30.10.78

\*  
\* \*  
\* \* \*  
\* \* \* \*

## I N H A L T

- 3 Die Revolutionäre und das Parlament (Teil 2)
- 4 Sozialdemokratisches Morgenrot
- 6 Landesring: Gegen Monopole und für Umweltschutz ?
- 7 Freie Wähler: Frei gewählt ist ganz verloren
- 8 CVP: Im Namen Gottes, des Allmächtigen - Verantwortung für alle !
- 9 CVP: Volksgesundheit für alle.... und Schnaps für die Reichen!
- 10 FdP: Zuekunft gschtalte - nid nume verwalte

\* \* \* \*  
\* \* \*  
\* \*  
\*

V.01.06

Table 1

1. Introduction	1
2. Objectives	2
3. Methodology	3
4. Results	4
5. Discussion	5
6. Conclusion	6

Page 1  
Page 2  
Page 3  
Page 4

## DIE REVOLUTIONÄRE UND DAS PARLAMENT (II)

Im letzten BIB erklärten wir, warum wir den parlamentarischen Weg zum Sozialismus für eine Sackgasse halten. In diesem Artikel versuchen wir darzustellen, warum die Präsenz im Parlament wichtig ist, um die Arbeiterschaft zu aktivieren, um möglichst wirkungsvolle politische Arbeit zu leisten. Wir begründeten unsere Ablehnung einer parlamentarischen Strategie folgendermassen:

1. Ist das Parlament kein echter Mächtträger in der bürgerlichen Gesellschaft, weil die wesentlichen Entscheide in der Wirtschaft von Privaten getroffen werden.
2. Bedeutet das parlamentarische Vertretungsprinzip, wo die Gewählten weder kontrollierbar noch abwählbar sind, eine zusätzliche Einschränkung der Volkssouveränität.
3. Kann der Kapitalismus nicht über die Urnen, wo die Werktätigen vereinzelt, isoliert und atomisiert der Gesellschaft gegenüberstehen, sondern nur über die kollektive, solidarische Aktion und Organisation überwunden werden.

### Eine hohe Glaubwürdigkeit

Es reicht nicht aus, das Parlament zu kritisieren und zu relativieren. Man muss auch verstehen, warum es so viel Glaubwürdigkeit besitzt, warum sich die übergrosse Mehrheit der Bürger vertreten fühlen oder glauben, mit einer besseren Zusammensetzung könnten sie genügend vertreten sein.

(Dieser Aussage wird oft die Behauptung entgegengehalten, all die Nicht- und Selten-Wähler hätten ihre Illusion ins Parlament verloren. Dass hier der Wunsch mit der Wirklichkeit verwechselt wird, ist offensichtlich. Die relativ breiten Schichten, die

von der heutigen Parlamentspolitik enttäuscht sind, haben vielleicht Illusionen in gewisse Parteien verloren - aber noch lange nicht ins Parlament. Eine zugkräftige, attraktive parlamentarische Alternative - wie eine kämpferische, oppositionelle SP - könnte einen Grössteil der Wahlabstinenten innert wenigen Jahren zurück an die Urnen mobilisieren).

Dass die westeuropäischen und besonders die schweizerischen Parlamente derart glaubwürdig sind, hat verschiedene Gründe. Einmal bedeutet das Parlament mit seinem allgemeinen Wahlrecht ein grosser historischer Fortschritt, der von unten erkämpft werden musste und nirgendwo von oben geschenkt wurde. Wenn Marx sich als illegitimes Kind des liberalen Demokratismus verstand, meinte er damit das gemeinsame Prinzip der Volkssouveränität.

Zusätzliche Glaubwürdigkeit erhielten die bürgerlichen Parlamente durch die traumatische Erfahrung des Faschismus. (Dass die Nazis zum Ansehen des Parlamentarismus beitrugen ist allerdings etwas paradox, waren sie doch über das Weimarer Parlament völlig legal an die Macht gekommen.) Schliesslich erhielten die bürgerlichen Demokratien zusätzlichen Aufwind durch das abschreckende Beispiel des stalinistischen "Sozialismus". Es ist keinem Werktätigen zu verübeln, wenn er sich sagte, lieber einen parlamentarischen Kapitalismus als einen despotischen "Sozialismus".

### Zentren der politischen Auseinandersetzung

Diese hohe Glaubwürdigkeit der Parlamente - und weniger ihre tatsächliche Entscheidungsgewalt - machte sie zu Zentren der politischen Auseinandersetzung. Da sie immer wieder die Aufmerksamkeit der breiten Massen auf sich ziehen, spielen sie eine starke Rolle in der politischen Bewusstseinsbildung bzw. -verbildung. Sich vor dieser Tatsache und den parlamentarischen Auseinandersetzungen

zungen die Augen verschliessen, bedeutet nichts anderes als "weg vom Fenster" zu sein, wirkungslos abseits zu stehen.

Ob im politisch verschlafenen Zug oder im stürmischen Spanien, es lohnt sich, im Parlament vertreten zu sein. Nur so ist es möglich, glaubwürdige Vorschläge zu machen, gegenüber der Kapitulationspolitik der Sozialdemokraten und Eurokommunisten eine glaubwürdige Alternative aufzuzeigen. In der Schweiz ist es besonders dringlich, gibt es doch selten Streik und Demonstrationen, in denen wir an breite Schichten gelangen können.

In diesem Sinne muss die RML eine Selbstkritik machen, weil sie die Vorteile einer parlamentarischen Vertretung bis heute einfach unterschätzt. Wir verloren damit viele Möglichkeiten, unsere Vorschläge bekannter zu machen in der politischen Auseinandersetzung breiter zu erscheinen, gegenüber den Werktätigen eine glaubwürdige Alternative darzustellen.

Unsere Ablehnung der Telefon- und Postüberwachung fände mehr Beachtung, wenn wir im Kantonsrat vertreten wären. Unsere Kampagne gegen die Lehrerwahlrichtlinien wäre wirkungsvoller gewesen, hätten wir einen Grossen Gemeinderat

\* \* \* \* \*

Sozialdemokratisches Morgenrot

Im Vorfeld der Wahlen sind bei der SP einige Späne geflogen und bemerkenswerte Änderungen eingetreten: die Trennung von einigen gewerkschaftlichen Starrköpfen, die Präzisierung des Verhältnisses Parlamentarier - Partei sowie eine Verjüngung der sozialdemokratischen Listen. Die Anzeichen einer gewissen Linksentwicklung, welche die SP

gehabt. Für die Atom- und die Mutterschaftsschutzinitiative könnten wir effektiver Propaganda machen. Die Beispiele liessensich beliebig fortsetzen.

Die Einsicht in die Nützlichkeit und Wichtigkeit der parlamentarischen Tätigkeit führt uns nicht zur Illusion, über das Parlament liessen sich wesentliche Forderungen durchsetzen oder die Gesellschaft grundsätzlich verändern. Auch für eine RML mit parlamentarischer Vertretung wird gelten, was wir schon im letzten BIB geschrieben haben:

Unsere zentrale Aufmerksamkeit gilt dem Bewusstsein, der kollektiven Aktion und Organisation der Werktätigen, weil sie nur so Erfahrungen sammeln und an Stärke gewinnen können. Unsere Beteiligung an Wahlen und Parlamenten ist dieser Bewusstseins- und Organisationsarbeit untergeordnet. Das Parlament werden wir benützen, um unsere Vorschläge zu verbreitern, Diskussionen zu entfachen und beleben, Aktionen anzuregen und die gewerkschaftliche und politische Organisierung der Arbeiterschaft zu fördern.

Josef Läng

in den letzten vier Jahren durchgemacht hat, schlagen sich auch in der Wahlplattform der Kantonalparlei nieder.

Es werden darin eine Reihe von Fragen aufgegriffen, die für die Arbeiterbewegung wichtig sind. Im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik fordert die SP einen Ausbau der vorbeugenden Massnahmen.

Eine gerechtere Verteilung der Lasten soll durch öffentliche Subventionen zugunsten der unteren Einkommen erreicht werden. Die Leistungen der privaten Krankenkassen sollen durch die Gesetzgebung ausgebaut werden.

Als bildungspolitische Postulate nennt die SP unter anderem den Ausbau der Berufsschulen und die Unterstützung öffentlicher Lehrwerkstätten. Mit Blick auf die Kantonsschule wehrt sie sich "energisch gegen die Repressionsversuche derjenigen, die am Feuer des "Cincerismus" ihr trübes politisches Supplein kochen möchten". (Von dieser Energie liess sich allerdings der SP-Vertreter im Kantonsschulrat bei der Affäre Bollmann/Cincera nicht viel anmerken!)

In Bezug auf die Regionalplanung will die SP eine Förderung des öffentlichen Verkehrs und andere durchaus positive Anliegen unterstützen. Ein ausdrückliches Lob verdient sie, weil sie sich mit der Situation der Ausländer beschäftigt und Massnahmen für die Verbesserung ihrer sozialen und politischen Situation vorschlägt.

Die SP-Plattform dokumentiert das Aufkommen eines neuen, kritischen Geistes. Zugleich markiert sie aber auch die Grenzen dieser positiven Entwicklung. Wir möchten drei kritische Bemerkungen anbringen:

Erstens stellen wir fest, dass Probleme ausgelassen werden, welche die Zuger Bevölkerung in den kommenden vier Jahren sehr direkt treffen werden. Es findet sich nichts über das Problem der Löhne, Arbeitsplätze, Arbeitszeit - obwohl etwa die Landis & Gyr in den letzten vier Jahren über 900 Arbeitsplätze abgebaut hat und die nächste Krise vor der Tür steht. Die Frauenfrage scheint die Zuger SP nicht weiter zu interessieren. Das gleiche gilt auch für die Atomkraftwerke.

Zweitens sagt die Wahlplattform nichts über den Weg, über die Kampfmethoden, mit denen die SP (und die ganze Linke) die aufgezählten Forderungen durchsetzen will. Die Plattform weckt den altbekannten sozialdemokratischen Geist: "wählt unsere Partei - den Rest besorgen wir im Parlament!"

Drittens liegt der Plattform ein heiliger Respekt vor dem kapitalistischen System zugrunde. Regierungsrat Thomas Fraefel ruft in der Einleitung unmissverständlich dazu auf, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu schonen. Das heisst nichts anderes, als die Unternehmer und ihre Profite zu respektieren. Die SP zeigt keine Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft, die über die heutigen Tagesforderungen hinaus den Lohnabhängigen eine Alternative nahebringen kann.

Diese kritischen Ueberlegungen wollen nicht einfach ein wenig an der SP herumnörgeln, sondern Fragen aufwerfen, die uns sicher in den kommenden Jahren begegnen werden. Wichtig ist es für uns, die positiven Aenderungen in der SP aufmerksam zu verfolgen. Die SP ist in Zug immer klarer zu einer Partei mit zwei Gesichtern geworden. Sie ist einerseits die folgsame Regierungspartei geblieben: Thomas Fraefel zeigt dieses rechte Gesicht, indem er mit den bürgerlichen Regierungsräten hautnah zusammenarbeitet. Jüngere Sozialdemokraten zeigen das linke Gesicht dieser Partei. Sie wollen gegenüber dem Bürgertum eine härtere Politik betreiben.

Die Politik der SP in den kommenden Jahren wird ein buntes Gemisch der beiden Gesichter darstellen. Sie wird sich manchmal keck gegen die Bürgerlichen vorwagen, dann wieder kuschen, wenn die Bürgerlichen im Stadt- und Regierungsrat auf den Tisch hauen.

Wir hoffen, dass sich die positiven Ansätze weiterentwickeln. Die Wahlplattform 78 zählt eine Reihe wichtiger Forderungen auf, wo wir mit der SP konkret zusammenarbeiten können.

Landesring: Gegen Monopole und für Umweltschutz ?

"monopole sind schädlich..."

titelt der Landesring in seiner Wahlbroschüre, und fährt weiter: "Dies gilt nicht nur für Wirtschaftsmonopole, sondern auch für politische Machtmonopole."

Der Landesring ist also gegen Wirtschaftsmonopole, will man seiner Propaganda glauben. Auf der andern Seite ist der Landesring ein vehementer Verteidiger der freien Marktwirtschaft, des Kapitalismus. Da beisst sich die Katze in den Schwanz: Ist nicht gerade die Migros der beste Beweis, wie die freie Marktwirtschaft ganz zwangsläufig zu Wirtschaftsmonopolen führt? Je freier, je liberaler diese Marktwirtschaft ist, desto grösser die Monopolisierung, ein Blick in die USA genügt.

Die Geschichte hat es gezeigt: man kann nicht gegen Wirtschaftsmonopole und gleichzeitig für die freie Marktwirtschaft sein. Es gibt keine roten Schimmel.

"Umweltschutz

muss in der Regierung fachmännisch vertreten sein" wurde anlässlich der Regierungsratersatzwahl auf Glanzpapier verkündet. Auch jetzt stellt der Landesring mit Hans A. Staub den Umweltschutz in den Mittelpunkt. Wenn wir einmal von der rhetorischen Frage, ob der Landesring auch ohne Fachmann Staub den Umweltschutz in den Mittelpunkt stellen würde, absehen, drängt sich eine Feststellung auf: Der LdU und Staub haben erhebliche Mühe, den propagierten Umweltschutz zu konkretisieren. Es ist einfach, für den Umweltschutz zu sein, aber schwierig, konkrete Probleme aufzugreifen und eine Antwort darauf zu formulieren, weil man sofort mit den Interessen der Privatwirtschaft konfrontiert ist. Vielleicht ist das der Grund für die mangelnde Fähigkeit des LdU, seinen Umweltschutz zu konkretisieren.

Nur ein Beispiel: Opposition gegen AKWs ist für uns auch ein Postulat des Umweltschutzes. Und der Landesring? Ist er gegen das AKW Inwil? Ist er überhaupt gegen AKWs? Wenn ja, wieso unternimmt er nichts dagegen, macht keine Propaganda gegen AKWs? Aber eben, der Konfrontation mit dem Bürgertum geht man lieber aus dem Weg.

Aehnlich verhält es sich mit der versprochenen umweltgerechten Stadtplanung. Das wäre u.a. eine ausgewogene Durchmischung Wohnungen/Arbeitsplätze erfordern. Also keine Büropaläste mehr. Bloss: wer kann sich bei den Bodenpreisen eine Wohnung in Zug leisten? Also müsste man den Boden kommunalisieren, damit neben anderen Massnahmen auch günstige Wohnungen gebaut werden können und die Spekulation aufhört. Wir fordern die Kommunalisierung des Bodens als Hauptvoraussetzung für eine umwelt- und arbeitergerechte Stadtplanung.

Und der LdU? Er sagt nicht, wie er seine Forderungen verwirklichen will. Ist er auch für die Kommunalisierung des städtischen Privatgrundes? Es würde uns wundern.

Keine grundsätzliche Opposition

Der Landesring will keine andere Gesellschaft. Wie er selber sagt, ist er weder links noch rechts. In Zug ist er mehr links, weil sich auf der Rechten die CVP und die FdP schon unüberwindlich breit gemacht haben, und die SP bis vor einiger Zeit nicht viel für ihre Profilierung als linke Partei getan hat. Andernorts ist der LdU sehr rechts, in Zürich beispielsweise, weil er dort eine lange Tradition als Regierungspartei hat und zum Bürgerblock gehört. Das erklärt auch einen Widerspruch: In Zürich verbietet Gilgen als Erziehungsdirektor (LdU) den Linken die Berufsausübung als Lehrer, wo er nur kann. Er arbeitet auch mit Cincera zusammen. In Zug wehrt sich der Landesring gegen die Lehrerwahl-

richtlinien (was in einem unserer Flüßblätter falsch dargestellt wurde).

Wenn die sozialen Konflikte in Zukunft zunehmen werden und die Polarisierung der Interessen zwischen den Lohnabhängigen und dem Kapital auch in der Politik nicht mehr zu übersehen ist, wird der Landesring Farbe bekennen müssen. Dort, wo er es heute

schon muss, beispielsweise in Bezug auf die Politik der Migros, das Resultat eindeutig: Die Migros ist eines der gewerkschaftfeindlichsten Unternehmen in der Schweiz und die miesen Arbeitsbedingungen sind mit dem Konflikt bei der TAT endlich einmal ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt. Der LdU-Ständerat Heimann meinte dazu: "Was wollen sie, das ist die freie Wirtschaft".

Martin Stuber

\* \* \* \* \*

### Frei gewählt ist ganz verloren

Einen Artikel über die Freien Wähler soll ich schreiben, hat der Parteiboss gedonnert. Mit einer Kritik am Wahlprogramm. Basta.

Da sitz ich nun zerknirscht überm Blatt Papier und quetsch mir das Hirn aus, Und schreiben muss ich was, sonst ist's wieder nichts mit der Oktobergratifikation aus Moskau. Hat der Parteiboss gedroht.

Was soll ich denn schreiben. Den Kugler kennen ja alle. Dass er "eigentlich" gegen die Lehrerwahlrichtlinien wäre, im Stadtrat aber dafür war, weil die ändern auch dafür waren... dass er sich von seinen bürgerlichen Stadtratskolleg-inn-en nur durch seine schön grauneliertes Haare unterscheidet, wird für den durchschnittlichen BIB-Leser auch nichts Neues sein. Und für den soll ich ja schreiben.

Das Wahlprogramm soll ich kritisieren. Wie denn? Die Freien Wähler haben ja keins! Nicht nahe Wahlplattform. CVP und FDP, welche ja auch immer versprechen, "Wählt uns und alles ist in Butter", haben wenigstens ein Programm und sogar mit konkreten Forderungen, da kann man wenigstens einhaken und die Alternativen

aufzeigen und die Interessenslage. Bei den Freien Wählern ist man hier auf verlorenem Posten.

"Parteilosigkeit als Programm" hat das Tagblatt von Freisinn's Gnaden getitelt. Von der "Mobilisierung des Heeres der Parteilosen" liest man andernorts. Die 80 % Parteilosen bräuchten eine Vertretung.

Mit marxistischem Spürsinn liesse sich da folgendes schlussfolgern: Das ist der Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Päcklipolitik der Parteien einerseits und des Pfründemonopols der CVP und FDP andererseits. Die Freien Wähler nützen geschickt das Vakuum aus, das durch die jahrzehntelang fehlende Polarisierung in der Politik und die Verwischung der Klasseninteressen auf politischer Ebene entstanden ist

Aber mir ist da noch etwas viel Interessanteres aufgefallen: Diese Freien Wähler wollen nämlich einen falschen Gegensatz konstruieren: Nicht die Interessen der Lohnabhängigen gegen die Kapitalinteressen, nein die Interessen der Parteilosen gegen die der Parteimitglieder sollen das Wesentliche sein.

Schön geschickt muss ich sagen. So braucht einer auch keine Stellung zu beziehen zu den konkreten Problemen, er verpflichtet sich zu nichts.

CVP: Im Namen Gottes, des Allmächtigen - Verantwortung für alle !

Im Wahlprogramm 1978 der CVP des Kantons Zug und in den verschiedenen Artikeln zur Erläuterung kommt der Hauptwiderspruch der CVP ziemlich deutlich zum Ausdruck. Die CVP gibt an, alle Volksschichten vertreten zu wollen. So kommt es heraus, dass sie sich bemüht, auch die Interessen der Lohnabhängigen aufzunehmen. Meistens bleibt es bei den Bemühungen, weil in der Praxis der CVP sich regelmässig die Interessen der Unternehmer durchsetzen. Gehen wir die einzelnen Ziele der CVP durch:

### Bildungspolitik

Hier sticht hervor, dass die CVP sich für die Schaffung "zusätzlicher Lehrstellen in der öffentlichen Verwaltung wie in der Privatwirtschaft einsetzen will. Damit widerspricht sie ihrem Volkswirtschaftsdirektor, dem für die Berufsbildung verantwortlichen Regierungsrat A. Planzer, der keine Gelegenheit verpasst, um zu behaupten, im Kanton Zug fände jeder

\*\*\*\*\*

(Fortsetzung von vorgehendem Artikel)

Wer sollte es auch kontrollieren? Das Heer der Parteilosen? Die müssten sich ja organisieren und dann wäre es ja wieder eine Partei.... und eine Partei der Parteilosen gibts mit dem Landesring in Zug ja schon.

Bleibt nur die Hoffnung, dass alle die potentiell linken Wähler, die vor vier Jahren Kugler gewählt haben, diesmal den bürgerlichen Braten riechen. Und der schmeckt nicht besonders gut.

Stubi

\*\*\*\*\*

eine Lehrstelle. Und wie will die CVP zusätzliche Lehrstellen schaffen? Genaueres wird nicht gesagt, nur dass durch Beiträge an die Lehrmeisterausbildung "ein Anreiz

zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Lehrstellen" geboten werden soll. Zudem fordert die CVP, "dass die Lehrverhältnisse vermehrt durch Inspektoren überprüft" werden sollten. Damit geben sie auch indirekt zu, dass nicht alles in Ordnung ist, wie es wiederum Planzer immer weismachen will. Zu bemerken ist noch, dass "eine Totalrevision des kantonalen Schulgesetzes u.a. die gleichwertige (merke: gleichwertige und nicht gleiche) Ausbildung von Knaben und Mädchen fördern soll".

### Sozialpolitik

"Der Einsatz unserer Partei im Abstimmungskampf gegen die Fristenlösung verpflichtet uns, für Mütter und Kind wirksame soziale Massnahmen zu ergreifen". Die CVP will eine Mutterschaftsversicherung auf kantonaler Ebene erreichen, dies auch um einen Impuls für eine Regelung auf eidgenössischer Ebene zu geben, so neu-Regierungsrat Ruedi Meier. Die nationale Initiative wird jedoch von der CVP nicht unterstützt. Nicht gesagt wird, wie diese Versicherung funktionieren soll und wie sie finanziert wird. Wir können es aber uns vorstellen: Wieder irgendeine Privatversicherung, die vor allem zu Lasten der Frauen fallen wird.

### Finanz- und Steuerpolitik

Hier kommt der Widerspruch der "Vertretung aller Volksschichten" am deutlichsten zum Ausdruck. Die CVP fordert Steuerreduktionen und -vergünstigungen, sagt aber nicht, wer mehr zu bezahlen hätte. Offensichtlich sollen die Ledigen für die Familien, die Gesunden für die Kranken aufkommen und nicht diejenigen, die es haben: die Reichen. Bemerkenswert ist, dass einer der Grundsätze der CVP ("Schutz der Familie") in erster Linie unter die Finanz- und Steuerpolitik fällt (so im Wahlprogramm).

Wirtschaftspolitik

Es scheint so, dass CVP und RML in dieser Frage einig wären: Beide fordern die Schaffung eines kantonalen Krisenfonds. Aber der Schein trügt: Die CVP will diesen Fond durch die Rechnungsüberschüsse des Kantons finanzieren, also aus Steuergeldern. Indirekt würden so auch die Werk-tätigen dafür bezahlen. Wir aber fordern, dass dieser Fond ausschliesslich von den florierenden Industrien, Banken und Versicherungen bezahlt wird. Ganz abgesehen davon, dass wir noch andere Vorschläge haben (siehe Sofortprogramm gegen die Krise). Die CVP beschränkt sich jedoch auf den Vorschlag des Krisenfonds.

Jugendpolitik

Wie die CVP die Jugend betrachtet, kommt aus der Einleitung ziemlich deutlich hervor: "Die Jugend ist durch den raschen gesellschaftlichen Wandel immer grösseren Gefahren ausgesetzt". Daraus leitet sich für die CVP ab, dass die Jugend besser "geführt" werden muss, so in Jugendtreffpunkten und Jugendorganisationen. Erstaunlich ist, dass die CVP an dieser Stelle nicht auch die Familie erwähnt. Ist sie aus lauter finanzieller Unterstützung vergessen worden?

\*\*\*\*\*

um die Volksgesundheit richtig: Herr Kündig und Kollegen möchten ihren Schnaps einfach ein bisschen billiger!

Ist das bloss eine Schnapsidee der CVP? Oder steckt gar mehr dahinter? Schon möglich, muss ich sagen, wenn ich mich an eine Anekdote erinnere, die sich vor etwa zwei Jahren abspielte: In einer Allenwindner Dorfbeiz feierte die CVP-Prominenz eine wilde Drogenorgie (entschuldigung: Cocktailparty). Dummerweise machte die Polizei in selber Nacht an der Hauptstrasse nach Zug Alkoholkontrollen (So eine organisatorische Fehlleistung dürfte eigentlich einer staatstragenden Partei nicht passieren!). Das CVP-Fest endete deshalb mit argen Misstönen (Ballonblasen). Das Telefon von CVP-Justizdirektor Carl Staub (der nicht am Fest war) soll in dieser Nacht nicht zur Ruhe gekommen sein. Wenn Ihr nun meint, diese Geschichte ende mit einem Eklat, so muss ich Euch enttäuschen, denn - wie sich dies für eine CVP-Cocktailparty gehört - niemand hatte mehr als 0,8 Promille Alkohol im Blut, niemand musste zu Fuss nach Hause, niemand musste Busse bezahlen. Niemand.

Es wäre nun zu einfach, das CVP-Programm einfach als Wahlversprechen abzutun. Sie gibt sich die Mühe, nicht nur ein Programm aufzustellen, sondern auch über die Versprechen bei den letzten Wahlen Rechenschaft abzugeben. Dies darf uns aber nicht davor abhalten, auch ihre Sprüche mit ihren Taten zu vergleichen. So in der Präambel zur neuen Bundesverfassung, worauf sich die CVP in ihrem Programm verpflichtet. Dort heisst es u.a. "dass frei nur bleibt, wer seine Freiheit gebraucht". Für Lehrer will dies die CVP jedoch nicht gelten lassen.

Bruno Bollinger

\*\*\*\*\*

CvP: Volksgesundheit für alle.....  
und Schnaps für die Reichen!

Volksgesundheit ist, wenn das Volk arbeitet, während sich die Reichen geistige Wässerchen zu Gemüte führen. Aehnliches mag sich CVP-Kündig gedacht haben, als er im Ständerat forderte, dass der Bund inskünftig den vom Zoll beschlagnahmten Schnaps zu angemessenen Preisen weiterverkaufe, anstatt - wir begreifen den Schmerz, den eine Krämerseele bei diesem Gedanken empfindet - diesem zu billigem Industriesprit zu verarbeiten. Angemessen sollen die Preise für den Bundesschnaps sein, damit die Volksgesundheit nicht bedroht wird. Da ja die teuren, hochgradigen Schnäpse (Whisky, Cognac etc.) üblicherweise nicht die Droge des kleinen Mannes sind, verstehen wir die Sorge

H.R.

FdP: "Zukunft gestalten - nicht nur verwalten" (oder inoffizielle Version: "S'Vermöge entfalten - nicht nur verwalten")

Die "unabhängige, grösste Zeitung von Stadt und Kanton Zug" hat sich einmal mehr als unerschöpfliche Quelle des CVP-Gedankenguts erwiesen. Darum war es uns auch möglich, näher auf das Programm dieser Partei einzugehen. Bei der FdP ist dies schwieriger. Zur Zeit des Schreibens dieses Artikels waren wir nicht im Besitz der FdP-Wahlplattform, wir mussten uns also auf einige Inserate und Artikel abstützen.

Einmal fällt auf, dass die FdP keine konkrete Forderungen stellt, sondern nur den allgemeinen Rahmen ihrer Politik in den verschiedenen Bereichen abstecken will. Sie sagen es auch: Als "Freisinnige" wolle sie nicht ein "Partei-disziplin erzwingendes Programm" aufstellen. Grundsatzdiskussionen wollen sie jedoch auch nicht in Gang bringen.

Nebst dem liberalen Gedankengut" steht bei den Freisinnigen die "Gesundheit" im Vordergrund: Da geht es von den "gesunden Staatsfinanzen" über die "gesunde Planung" zur "gesunden Familie". Dazu verteilen sie noch Erfrischungstüchlein, damit auch die "gesunde Frische" erhalten bleibt.

Was die FdP mit "gesunder Politik" meint, zeigen uns ihre Vorschläge zur Umweltschutzpolitik: "Bei allen Forderungen darf jedoch nicht ausser acht gelassen werden, dass die Massnahmen im Bereich des Umweltschutzes teuer zu stehen kommen. Optimale Lösungen sind deshalb vielfach maximalen vorzuziehen". Das ist mehr oder weniger das, was bis heute in Sache Umweltschutz gemacht worden ist: Nicht viel! Was zu teuer kommen könnte, wird unterlassen. Die Industrie erhält so die Rechtfertigung, weiterhin die Umwelt zu zerstören, denn die Schutzvorrichtungen könnten zu teuer sein und die Profite schmälern. Und da Atomkraftwerke im Augenblick rentabler sind als Sonnenkollektoren....

Was also über das CVP-Wahlprogramm nicht so klar gesagt werden kann, trifft umsomehr auf die FdP zu: Es sind meistens Wahlsprüche, die nicht viel aussagen, es jedoch zulassen, politische Entscheide als der Gemeinschaft dienend zu rechtfertigen.

Bruno Bollinger

\* \* \* \* \*

BRESCHE-INFO-BULLETIN  
Postfach 1155

6301 Zug

Verantwortlicher Redaktor:  
Hanspeter Roth

Eigendruck

### Sammelkampagne

Unsere Sammelkampagne zur Finanzierung unserer Ausgaben für die Wahlen hat ihr Ziel (Fr. 5'000.--) noch nicht erreicht. Deshalb gebe ich hier nochmals die PC-Nummer an und danke zum voraus für allfällige Spenden: Vergelt's Marx!

PC 60-246 57